

# Wilsdruffer Tageblatt

Sprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinst. Blatt mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 2 M., durch unsere Boten gegen Aufschlag 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postkarten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückung des Bezugspreises.



Ersteinst. seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostorf.

Verleger und Drucker: Arthur Jchanke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Jchanke, beide in Wilsdruff.

Nr. 292

Donnerstag den 15. Dezember 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Holzversteigerung.

Tharandter, Spechtshausener, Raundorfer u. Grillenburger Staatsforstrevier.

Im Gasthaus „Stadtbad“ in Tharandt Dienstag den 20. Dezember 1921, 9 Uhr:

1. Tharandter Revier: 1027 w. Stämme 10/36 cm, 311 fi. Schleiflöcher 8/12 cm, 41 w. Klöße 13/30 cm, 14 bu. dergl. 13/22 cm, 15 hb. dergl. 23/29 cm, 10 sich. dergl. 30/37 u. m. cm, 290 fi. Verbhänge 8/12 cm u. 1705 fi. Reishänge 2/7 cm; Rahl-schlag: Abt. 20, Einzelhölzer: Abt. 3, 7, 8, 11, 12, 13, 19, 30, 32, 34 und 37.

2. Spechtshausener Revier: 1891 w. Stämme 10/43 cm, 146 w. Klöße 8/50 cm u. 36 bu. dergl. 16/51 u. m. cm, Rahl-schläge: Abt. 4, 7, 8, 10, 15, 17 u. 32, Einzelhölzer: Abt. 18, 19, 20, 35, 38, 43 und 48.

3. Raundorfer Revier: 999 w. Stämme 10/23 u. m. cm, 259 w. Klöße 13/23 u. m. cm, 7 bu. dergl. 16/23 u. m. cm, 100 w. Verbhänge 8/9 cm u. 3900 w. Reishänge 2/7 cm, Schlaghölzer: Abt. 1, Bruchhölzer: Abt. 1 bu. 44 u. Durchforstungs-hölzer: Abt. 4 u. 14.

4. Grillenburger Revier: 850 w. Stämme 10/23 u. m. cm, 1800 w. Klöße 8/12 cm, 600 Verbhänge 8/12 cm u. 9700 Reishänge; Einzelhölzer u. Durchforstungs-hölzer: Abt. 15, 17, 19, 40 u. 44.

Forstrevierverwaltung Tharandt, Spechtshausen, Raundorf und Grillenburg. Forstrentamt Tharandt.

Lichtgeld für November wird ab morgen gemahnt. Stadtrat zu Wilsdruff.

### Die Herren Gemeindevorstände des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff

machen wir hiermit darauf aufmerksam, daß die Brotmarken für die nächste Versorgungszeit von jetzt ab gegen Ausweis bei uns abgeholt werden können. Der Ausweis muß mit der Unterschrift des betr. Gemeindevorstandes und dem Gemeindegeldstempel versehen sein.

Geschäftsstelle des „Wilsdruffer Tageblatt“

### Meine Zeitung für eilige Leser.

\* Der Reichsrat hat eine weitere außerordentliche Erhöhung der Post-, Telegramm- und Fernspreckgebühren und eine Neubelastung der Presse beschlossen.

\* Der Reichsanwalt beabsichtigt, bei der Steuerberatung im Reichstage die Vertrauensfrage zu stellen.

\* Der Reichswirtschaftsrat nahm auf besondere Empfehlung des Kanzlers den Gesetzentwurf über die Kreditvereinigung der Gewerbe an.

\* In einer Konferenz in Darmstadt faßten die Wirtschaftsminister des Reichs und der Länder eine erweiterte Einfuhrbeschränkung ins Auge.

\* Die deutsche Großhandelsindexziffer (Vergleich zum Friedenspreis von 100) hat sich im November auf 3416 (gegen 2460 im Oktober) erhöht und die Bisse des Katastrophenmonats Februar 1920 weit überschritten.

\* An der Berliner Dienstagbörse stieg der Dollar wieder bis auf 187 Mark. Die Spekulationspapiere folgten mit Erhöhungen.

\* Einer Washingtoner Meldung zufolge ist die Pazifik-Frage durch Unterzeichnung eines Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Japan geregelt worden.

### Was will England?

Man hat es in der deutschen Öffentlichkeit zu wenig beachtet, daß neben den Verhandlungen, die Dr. Rathenau in London geführt hat und neben der wochenlangen Erörterung der Frage, ob die Lage der deutschen Regierung durch ein Moratorium oder durch eine Anleihe erleichtert werden könne, sehr wichtige Besprechungen zwischen Paris und London geführt worden sind, denen ein erheblicher Einfluß auch auf die Gestaltung derjenigen Probleme zugemessen ist, die uns in Deutschland in erster Linie wichtig erscheinen. Es war auffällig, daß Frankreich von vornherein gegen den Gedanken eines Moratoriums und einer Kreditanleihe Einspruch erhob, obwohl es doch englische Vorkämpfer waren, welche den Anleiheplan für Deutschland in die Hand genommen hatten und somit ein direktes Opfer von Frankreich überhaupt nicht verlangt wurde. Der Grund des französischen Widerstandes lag aber darin, daß die Franzosen seit längerer Zeit besonders schmerzhaft auf Geld warten, weil nach dem Finanzabkommen vom 13. August, welches von den alliierten Mächten über die Verteilung der ersten deutschen Goldmünzfabrik getroffen wurde, Frankreich angesichts der großen Sachleistungen, die es für den Wiederaufbau von uns erhält, zunächst ins Hintertreffen geriet, und nun wohl beschränkt wurde, daß es bei einem Moratorium abermals auf den Vorteil abgesehen werden könnte.

Für England ist die Situation grundsätzlich anders, und deshalb haben die Engländer auch noch den bisher vorliegenden Nachrichten einen neuen Weg beschritten, bei dem man allerdings auch nicht lange danach zu suchen braucht, wie durch ihn das englische Interesse in weitest möglicher Form gewahrt wird, obwohl es zunächst den Anschein gewinnt, als ob ein englisches Opfer vorläge. Die Engländer scheinen dem immer lebhafter gekünderten Wunsch der Franzosen nach einer Revision jenes Verteilungsplanes vom 13. August entgegenzukommen, und auf einen Teil dessen zugunsten der Franzosen zu verzichten, was England seinerzeit zugesprochen wurde. Hält man damit die Nachricht zusammen, die von maßgebender englischer Seite kürzlich verbreitet wurde, daß die englische Regierung geneigt sei, die deutschen Vorkämpfer anzunehmen, die wir auf Grund des Londoner Ultimatus ausgeben mußten, so liegt deutlich zutage, wie England hier zwei Vorteile auf einmal gewinnt und außerdem noch nach außen hin einen vorzüglichen Eindruck damit macht.

Die auffällige Tatsache, daß bisher immer nur von englischer und amerikanischer Seite Stimmen laut wurden, welche einer wirtschaftlichen Ruin Deutschlands gleichzeitig als europäische Katastrophe kennzeichneten, und welche daher eine Revision des Reparationsplanes forderten, läßt

in erster Linie damit zusammen, daß England und Amerika infolge ihrer hochwertigen Valuta die Konkurrenz der billig exportierenden deutschen Industrie trotz aller gelegentlichen Maßnahmen gegen industrielle Unterbietung allmählich so schwer empfinden, daß sie den erzwungenen deutschen Willkürbesetzen bei nächster Betrachtung als einen Fluch für das eigene Wirtschaftsleben erkennen müssen. Infolgedessen muß es ihnen auf die Dauer lieber sein, wenn sie einen direkten Einfluß auf die deutschen Produktionsquellen ausüben können, anstatt nur Zahlungen einzubehalten. Damit aber, daß England die deutschen Bonds in die Hand nimmt, gewinnt es die Möglichkeit eines verstärkten politischen Einflusses auf das Deutsche Reich. Es wäre zweifellos zu erwarten, daß dann eine starke englische Kontrolle sowohl der deutschen staatlichen Finanzwirtschaft als auch der privaten Produktionsfähigkeit einsetzten würde. England wäre zweifellos in der Lage, einen Regulator an unser Wirtschaftsleben zu legen. Dann würde vielleicht eine gewisse politische Beruhigung eintreten, denn an Stelle der französischen Temperamentspolitik würde die kühle englische Vernunft treten, die uns wahrscheinlich vor den übermäßigen Schwankungen des europäischen Gleichgewichts und der Valuta bewahren würde, die aber ebenso sicher darauf achten würde, daß die Wägen der deutschen Industrien keinesfalls in den Himmel wackeln. England hat selbst ein viel zu großes Interesse daran, daß die deutsche Valuta einigermaßen stabilisiert wird, während Frankreich vor allem Interesse an direkten Leistungen und Zahlungen besitzt. Wenn daher der Einfluß Englands auf dem Wege englisch-französischer Verhandlungen sich tatsächlich in dem Sinne geltend machen sollte, daß eine Verschlebung der Anteile und der Funktionen innerhalb unserer Glaubigerschaft eintritt, so können wir ebenso sicher sein, daß die Engländer dafür ihren Preis sehr wohl zu bestimmen wissen, und nichts ist bezeichnender für den kurzfristigen und leichtsinnigen Spekulationsgeist an der Börse, als die Beobachtung, daß diese bereits jetzt, ehe noch Genues über die neuen Abmachungen bekannt ist, diese als gegeben ansieht, zu dem nach Lage der Dinge leider recht wenig Grund vorhanden ist.

### Unwandelbare Treue der Rheinländer

Abgabe an Franzosen und Französlinge.

Die politischen Parteien im besetzten Rheinlande, das Zentrum, die Mehrheitssozialdemokraten, die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Nationalistische Volkspartei und die Deutschdemokratische Partei hielten am 12. Dezember in Königswinter eine gemeinsame Tagung ab und beschloßen einen Aufruf gegen das immer deutlicher hervorbrechende Bestreben der Franzosen, die Rheinländer mit Hilfe erbrevergeßener heimischer Elemente vom Reich in irgendeiner Form loszureißen.

#### Offener Hochverrat.

Der Aufruf betont zunächst, daß sich im Augenblick schwerster wirtschaftlicher und politischer Not unseres Vaterlandes sonderbarer Weise nicht scheuen, den Versuch zu machen, durch offenen Hochverrat das Rheinland vom Reich zu trennen. Diese Menschen, die, wie sie selbst wissen, nur eine Handvoll Anhänger hinter sich haben, glauben, sich auf eine fremde Macht stützen zu können. Sie werden sich täuschen, führt der Aufruf fort. Unsere rheinischen Landesleute, erprobt in Liebe zum Vaterlande und gefüllt gegen Druck und Zwang, treten geschlossen diesen nichts würdigen Bestrebungen entgegen. Die Ereignisse der letzten Tage haben mit brutaler Offenheit gezeigt, daß die französischen Rheinlandpolitiker ihr Ziel, die Besetzung des Rheinlandes, mehr als je mit aller Rücksichtslosigkeit verfolgen.

„Auf ewige Zeiten fest am Reich.“

Es wird weiter Bezug genommen auf den im Fall des Sonderbündlers Smets unternehmen unerbittlichen Eingriff in die Rechtspflege und die planmäßige Hetze gegen Preußen. Offen werde man für eine angeblich neutrale Rheinland-Republik, die tatsächlich unter französischer Kontrolle stehen und noch dazu zum wirtschaftlichen Untergang verurteilt sein würde. Auch wirtschaftlich ist das Rheinland auf Gedeih und

Verderben mit dem großen Vaterlande untrennlich verbunden. Im Abwehrkampf gegen Hochverrat und Dummheit erneuern wir unseren Beschluß vom 9. Juni dieses Jahres, daß für die Dauer der Besetzung rheinischen Gebietes eine Abstimmung auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung (Selbstständigkeit der Länder) nicht erfolgen kann. Wir halten auf ewige Zeiten fest am Deutschen Reich und wollen von einer Loslösung rheinischen Gebietes nichts wissen. Das ist die innerste Überzeugung und der entschlossene Wille der Rheinländer.

Die Unabhängige Sozialdemokratie erklärt zu diesem Aufruf, daß die Loslösung der Rheinlande vom übrigen Reiches ihrem Programm nicht entspreche, deshalb bekämpfe sie nach wie vor aufs äußerste alle dahin zielenden Bestrebungen. Die Unabhängigen unterzeichnen nach ihrer Angabe nur deshalb den Aufruf nicht, weil die sie bestimmenden Gründe anderer Natur seien seien als die der übrigen Parteien. Sachlich vertreten sie den gleichen Standpunkt. Und so finden sich denn tatsächlich alle Parteien zusammen unter dem alten Rhetorik-Wahlspruch: Halt saß am Reich, du löst'sche Voor, lo m ei söß oder soor! (Halte fest am Reich, du löst'sche Vauer, kommen glückliche oder schwere Tage). Franzosen und Französlinge werden auf Granit beßen, sagen die Rheinländer einhellig. Das soll ihnen gedankt sein.

### Der Kanzler zur Kreditfrage.

Für die Kreditvereinigung der Gewerbe.

Die mit Spannung erwarteten Erklärungen des Reichskanzlers über das Kreditproblem, die er nach der Rückkehr Dr. Rathenau's in Aussicht gestellt hatte, sind im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates in strengster Vertraulichkeit abgegeben worden. Für die Öffentlichkeit wurde davon nur bekanntgegeben, daß die Worte des Kanzlers in dem Hinweis gipfelten, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands in ihrer Verflechtung mit der Weltwirtschaft nunmehr zum Gegenstand öffentlicher internationaler Diskussion unter den großen Mächten geworden ist. Es sei von Bedeutung, daß diese Erörterungen sorgfältig und vertieft würden. Was Deutschland anlage, so müsse es sich zur Mitarbeit an diesen Problemen bereit halten. Der habsburgische Gesetzentwurf biete eine geeignete Grundlage, um die deutsche Wirtschaft zu positiver Mitarbeit an der Lösung dieser deutschen Lösungsaufgaben zu befähigen.

Dieser Gesetzentwurf, den der Reichswirtschaftsrat bereits in Beratung genommen habe, sieht eine Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe vor, um dem Reich die erforderlichen Mittel in Devisen zur Verfügung zu stellen. Es sind darin gewisse Zwangsmittel, zugleich aber die Herrichtungsmöglichkeit auf einige Steuern vorgezogen. Der Reichswirtschaftsrat hat den Entwurf noch am selben Tage angenommen und der Regierung als Material überwiesen.

### Bedeutungsvolle Aussagen in Leipzig

Die Zeugen des fünften Tages.

Leipzig, 13. Dezember.

Der frühere Minister Schmitt ist in den Tagen des Rapp-Putsch als einziges Mitglied des Kabinetts in Berlin zurückgeblieben, um damit zu bekunden, daß die Regierung ihre Ämter nicht niederlege. Er wurde, wie er jetzt berichtet, von Rapp aufgefordert, ihm die Reichskanzlei zu übergeben. „Mit welchem Recht verlangen Sie das?“ fragte Schmitt. — „Mit dem Recht der Taktik!“ antwortete Rapp. — „Und wenn ich mich weigere?“ war Schmitts Rückfrage. — „Dann findet sich alles weitere“, entgegnete Rapp, worauf Schmitt ihm erklärte, daß er nur der Gewalt weichen würde. Schmitt blieb während des ganzen Putschs in Berlin und trat dann beim Zusammenbruch des Unternehmens als Vermittler zwischen der in Stuttgart weilenden Regierung und dem General Küttwig auf. Außerdem war eine Anzahl bürgerlicher Parteiführer in Berlin anwesend, die